

Pravda

Tageszeitung der sowjetdeutschen Bevölkerung Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Freitag, 23. März 1984

Nr. 61 (4 689)

Preis 3 Kopeken

Informationsmitteilung über die Tagung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Am 22. März 1984 fand in Alma-Ata, im Sitzungssaal des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR die außerordentliche achte Tagung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR der zehnten Legislaturperiode statt.
Herzlich aufgenommen von den Deputierten und Gästen wurden das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans Genosse D. A. Kunajew, die Mitglieder des Büros des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR die Genossen K. M. Auchtadajew, B. A. Aschimow, J. F. Baschmakow, W. A. Grebenjuk, K. K. Kasabajew, S. K. Kamilidenow, O. S. Miroschin, N. A. Nasarabajew, J. N. Trofimow, D. T. Jassow und der Kandidat des Büros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans S. S. Dshibajew.
Die Mitglieder des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR und die Regierungsmitglieder nahmen ihre Plätze in den Logen ein.
Die Tagung wurde vom Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Deputierter K. U. Medetbekow eröffnet. Mit einer Schweigeminute ehrten die im Saal Anwesenden das Andenken der verstorbenen Deputierten — des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Deputierter S. N. Inaschew und der namhaften Mechanistarin L. N. Wyssokaja.
Entgegenkommen wird die Mitteilung des Vorsitzenden der Mandatkommission Deputierten A. K. Kalkow über die Anerkennung der Vollmachten eines neuwähl-

ten Deputierten und über die Niederlegung der Vollmachten der Deputierten des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR von den Wahlzirkeln Nr. 135, 218, 299 und 506 auf Grund der gestellten Anträge gemäß dem Artikel 101 der Verfassung der UdSSR, dem Artikel 99 der Verfassung der Kasachischen SSR und dem Artikel 10 des Gesetzes „Über den Status der Volksdeputierten der UdSSR“.
Es wird folgende Tagesordnung bestätigt:
1. Wahl des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR.
2. Ernennung des Vorsitzenden des Ministeriums der Kasachischen SSR.
3. Zum Entwurf des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen.
4. Über die Bestätigung der Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR.
5. Wahl des Vorsitzenden des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR.
Das Wort wird dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans Deputierten D. A. Kunajew erteilt. Im Auftrag des Büros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, des Sekretärs des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR bringt Genosse D. A. Kunajew den Vorschlag ein, den Deputierten B. A. Aschimow zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR zu wählen und ihn seiner

Pflichten als Vorsitzenden des Ministeriums der Kasachischen SSR zu entbinden.
Der Oberste Sowjet wählt den Deputierten B. A. Aschimow einstimmig zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR.
Darauf unterbreitet Genosse D. A. Kunajew im Auftrag des Büros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, der Parteigruppe und des Ältestenrates des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR den Vorschlag über die Ernennung des Deputierten N. A. Nasarabajew zum Vorsitzenden des Ministeriums der Kasachischen SSR.
Der Oberste Sowjet nahm einstimmig den Beschluß an, den Deputierten N. A. Nasarabajew zum Vorsitzenden des Ministeriums der Kasachischen SSR zu ernennen.
Die Genossen B. A. Aschimow und N. A. Nasarabajew dankten für das ihnen erwiesene hohe Vertrauen und versicherten, daß sie alle ihre Kräfte, Kenntnisse und Erfahrungen dem kommunistischen Aufbau widmen werden.
Das Referat „Zum Entwurf des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen“ hielt der Justizminister der Kasachischen SSR Deputierter B. D. Dshussupow.
Es wurde das Korreferat des Vorsitzenden der Kommission für Gesetzgebungsfragen Deputierter S. K. Dosmagambetow entgegengenommen.
Während der Diskussionen sprachen: Vorsitzender des Nordkasachstaner Gebietsovollkommens Deputierter N. A. Botajew, Zweiter Sekretär des Staatsschläger Gobietskomitees der Kommunisti-

chen Partei Kasachstans Deputierter W. G. Sawitschenko, Minister für Innere Angelegenheiten der Kasachischen SSR Deputierter A. G. Platajew.
Der Referent und die Diskussionsredner stellten fest, daß das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen die Verstärkung des Schutzes der Staats- und öffentlichen Ordnung, des sozialistischen Eigentums, der Rechte und Freiheiten der Bürger fördern wird und ein wichtiger Fortschritt bei der Vervollkommnung der Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen und den Beschluß des Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU und den vom Generalsekretär des ZK der KPdSU Genossen K. U. Tschernom in seiner Rede auf diesem Plenum gestellten Aufgaben entspricht.
Der Oberste Sowjet nahm einstimmig das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen und den Beschluß über seine Inkraftsetzung an.
Zum Bericht des Sekretärs des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Deputierter Ch. Ch. Demessinow bestätigte der Oberste Sowjet die Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets, die zwischen der siebenten und achten Tagung angenommen wurden.
Der Oberste Sowjet nahm einstimmig das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen und den Beschluß über seine Inkraftsetzung an.
Zum Bericht des Sekretärs des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Deputierter Ch. Ch. Demessinow bestätigte der Oberste Sowjet die Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets, die zwischen der siebenten und achten Tagung angenommen wurden.
Der Oberste Sowjet nahm einstimmig das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen und den Beschluß über seine Inkraftsetzung an.
Zum Bericht des Sekretärs des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Deputierter Ch. Ch. Demessinow bestätigte der Oberste Sowjet die Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets, die zwischen der siebenten und achten Tagung angenommen wurden.
Der Oberste Sowjet nahm einstimmig das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen und den Beschluß über seine Inkraftsetzung an.

Beschluß

des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Über die Wahl des Deputierten B. A. ASCHIMOW zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Der Oberste Sowjet der Kasachischen SSR der zehnten Legislaturperiode beschließt hiermit, den Deputierten Aschimow, Baiken Aschimowitsch, zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR zu ernennen.

Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Ch. DEMESSINOW
Alma-Ata, Haus der Regierung, 22. März 1984

Beschluß

des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Über die Ernennung des Deputierten N. A. NASARBAJEW zum Vorsitzenden des Ministeriums der Kasachischen SSR

Der Oberste Sowjet der Kasachischen SSR der zehnten Legislaturperiode beschließt hiermit, den Deputierten Nasarabajew, Nursultan Abschewitsch, zum Vorsitzenden des Ministeriums der Kasachischen SSR zu ernennen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR B. ASCHIMOW
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Ch. DEMESSINOW
Alma-Ata, Haus der Regierung, 22. März 1984

Gesetz

der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik

Über die Bestätigung der Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR betreffs der Eintragung von Ergänzungen und Änderungen in einige Gesetzgebungsakte der Kasachischen SSR

Der Oberste Sowjet der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik beschließt hiermit, folgende Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR zu bestätigen:
vom 19. Januar 1984 „Über die Ergänzung des Artikels 63 des Gesetzes der Kasachischen SSR „Über die Gerichtsverfassung der Kasachischen SSR““;
vom 13. März 1984 „Über die Eintragung einer Änderung in den Artikel 29 des Gesetzbuches über Ehe und Familie der Kasachischen SSR“;
das Strafgesetzbuch der Kasachischen SSR vom 13. März 1984 „Über die Eintragung von Änderungen in das Gesetz der Kasachischen SSR „Über den Schutz und die Nutzung der Geschichte und Kulturdenkmäler““;
vom 13. März 1984 „Über die Eintragung einer Änderung in den Artikel 29 des Gesetzbuches über Ehe und Familie der Kasachischen SSR“.
Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR B. ASCHIMOW
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Ch. DEMESSINOW
Alma-Ata, Haus der Regierung, 22. März 1984

Beschluß

des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Über die Wahl des Genossen T. K. AITMUCHAMBETOW zum Vorsitzenden des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR

Der Oberste Sowjet der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik beschließt hiermit, den Genossen Aitmuchambetow, Tamas Aitmuchambetowitsch, zum Vorsitzenden des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR zu wählen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR B. ASCHIMOW
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Ch. DEMESSINOW
Alma-Ata, Haus der Regierung, 22. März 1984

Beschluß

des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Über die Bestätigung des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR „Über die Entbindung des Genossen G. B. JELEMISSOW seines Amtes als Vorsitzender des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR“

Der Oberste Sowjet der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik beschließt hiermit, den Genossen Jelemissow, Galim Bashimowitsch, zum Vorsitzenden des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR im Zusammenhang mit seiner Versetzung auf andere Arbeit zu bestätigen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR B. ASCHIMOW
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Ch. DEMESSINOW
Alma-Ata, Haus der Regierung, 22. März 1984

Beschluß

des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Über die Bestätigung der Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR betreffs der Mitglieder des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR

Der Oberste Sowjet der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik beschließt hiermit, die Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR vom 23. Januar 1984 und vom 13. Februar über die Wahl der Genossen Petrowa, Nina Alexejewna, und Sorin, Leonid Alexejewitsch, zu bestätigen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR B. ASCHIMOW
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Ch. DEMESSINOW
Alma-Ata, Haus der Regierung, 22. März 1984

Beschluß

des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Über die Bestätigung des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR „Über die Bestätigung des Genossen K. A. JEGISBAJEW als Stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees für Volkkontrolle der Kasachischen SSR“

Der Oberste Sowjet der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik beschließt hiermit, den Genossen Jegisbajew, Kossal Aletkulowitsch, als Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees für Volkkontrolle der Kasachischen SSR zu bestätigen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR B. ASCHIMOW
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Ch. DEMESSINOW
Alma-Ata, Haus der Regierung, 22. März 1984

Zum Entwurf des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen

Referat des Justizministers der Kasachischen SSR Deputierten B. D. DSHUSSUPOW

Genossen Deputierte! Die Arbeit dieser Tagung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR verläuft in der Atmosphäre des weitesten politischen, Arbeits- und Schaffensplans der Sowjetmensch, ausgelöst durch die historischen Beschlüsse des außerordentlichen Februarplenums (1984) des Zentralkomitees der KPdSU, das den hervorragenden Politiker und Staatsmann Genossen Konstantin Ustinowitsch Tschernom einmütig zum Generalsekretär des ZK der Partei Lenins gewählt hat, sowie durch seine Reden auf dem Plenum des ZK und auf dem Treffen mit Wählern des Kulbysch-Wahlkreises von Moskau.

Der vorliegende Entwurf des Gesetzbuches beschränkt sich nicht auf die Systematisierung der gültigen Rechtsnormen der administrativen Rechtsverletzungen. In diesen Entwurf sind auch neue Normen aufgenommen worden. Einzelne davon sind gemäß der Kompetenz der Republik entwickelt und detailliert worden. Kodifiziert sind alle geltenden Gesetzbücher und Normative, die administrative Sanktionen für einzelne Arten von Rechtsverletzungen vorsehen. Insgesamt umfaßt der Entwurf 79 Gesetzgebungsakte, darunter 25 Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, über 20 Beschlüsse des Ministeriums der Kasachischen SSR, die Struktur des Entwurfs des Gesetzbuches ist der Struktur der Grundlagen der Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen entgegengerichtet und besteht aus fünf Abschnitten, 31 Kapiteln und 324 Artikeln.

Der Entwurf des Gesetzbuches legt den Grundstein für die Kodifikation dieser Gesetzgebung, für die Schaffung eines logischen Systems von Akten, die Fragen der Verantwortlichkeit für administrative Rechtsverletzungen regeln.

Der Entwurf des Gesetzbuches legt den Grundstein für die Kodifikation dieser Gesetzgebung, für die Schaffung eines logischen Systems von Akten, die Fragen der Verantwortlichkeit für administrative Rechtsverletzungen regeln.

Der Entwurf des Gesetzbuches legt den Grundstein für die Kodifikation dieser Gesetzgebung, für die Schaffung eines logischen Systems von Akten, die Fragen der Verantwortlichkeit für administrative Rechtsverletzungen regeln.

Durch neuen Aufschwung der Produktionsaktivität und des Enthusiasmus war auch die allgemeine Feier des rühmlichen Jubiläums — des 30. Jahrestags des Beginns der Neulandaktion gekennzeichnet.

Von großer Bedeutung bei der Verwirklichung der von der Partei gestellten erhabenen Aufgaben ist die weitere Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und Rechtsordnung, der Organisiertheit und Disziplin in allen Lebensbereichen der Gesellschaft. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Bürger eine günstige Einstellung zu den Gesetzen offenbart, sie freiwillig und genau befolgt, bleiben noch viele verschiedene Rechtsverletzungen nicht ausgeübt, was der Gesellschaft ersten materiellen, sozialen und moralischen Schaden zufügt. Daher schenken die Kommunistische Partei der Sowjetunion und der Sowjetstaat Fragen der strikten Durchführung der Gesetze und der Vervollkommnung der Gesetzgebung ihre angespannte Aufmerksamkeit.

In den letzten Jahren wurde in unserer Republik sowie im ganzen Land eine Reihe wichtiger Kodifikationsgesetzgebungsakte angenommen. Auf dieser Grundlage des Obersten Sowjets wird der Entwurf eines neuen Gesetzgebungsaktes von großer gesellschaftlicher Bedeutung des Gesetzbuches der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik über administrative Rechtsverletzungen — den Deputierten zur Erörterung unterbreitet. Solch ein Gesetzbuch wird in der Republik zum erstenmal angenommen.

Zur Zeit gibt es in unserem Land eine ziemlich entwickelte Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen, jedoch besteht sie aus mehreren Unions-, Republikgesetzgebungs- und Gesetzgebungsakten. Bis vor kurzem gab es ihrer etwa 500. Die Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechts-

verletzungen legen den Grundstein für die Kodifikation dieser Gesetzgebung, für die Schaffung eines logischen Systems von Akten, die Fragen der Verantwortlichkeit für administrative Rechtsverletzungen regeln.

Der Entwurf des Gesetzbuches legt den Grundstein für die Kodifikation dieser Gesetzgebung, für die Schaffung eines logischen Systems von Akten, die Fragen der Verantwortlichkeit für administrative Rechtsverletzungen regeln.

Der Entwurf des Gesetzbuches legt den Grundstein für die Kodifikation dieser Gesetzgebung, für die Schaffung eines logischen Systems von Akten, die Fragen der Verantwortlichkeit für administrative Rechtsverletzungen regeln.

Der Entwurf des Gesetzbuches legt den Grundstein für die Kodifikation dieser Gesetzgebung, für die Schaffung eines logischen Systems von Akten, die Fragen der Verantwortlichkeit für administrative Rechtsverletzungen regeln.

Achte Tagung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR der zehnten Legislaturperiode

Zum Entwurf des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen

(Schluß, Anfang S. 1)

Inspektionen und andere sowie Amtspersonen, die von der Gesetzgebung der UdSSR dazu beauftragt sind.

Große Bedeutung wird dabei der Festlegung der Regeln der Erstellung von Administrativstrafen beigemessen. Die strengsten darunter — Besserungsarbeiten und Administrativhaftung — nur von Volkssrichtern oder vom Volkssrichter bestimmt werden. Die Gerichtsordnung der Anwendung dieser Sanktionen schafft die notwendigen Garantien für die Bürger, gewährleistet ihre erzieherische Einwirkung sowohl auf die Verletzten als auch auf andere Verfahrensbeteiligte. Administrativhaftung darf nur in Ausnahmefällen für geringfügige Rowdyhandlungen und böswillige Widersetzung gesetzlicher Anordnungen oder Forderungen eines Mitarbeiters der Miliz oder freiwilligen Milizhelfers erfolgen. Aber auch in diesen Fällen darf die Verhaftung von schwangeren Frauen und Frauen, die Kinder bis zwölf Jahren haben; von Personen unter 18 Jahren und Invaliden erster und zweiter Gruppe nicht vorgenommen werden.

Solch eine Art der Bestrafung wie Geldstrafe ist für die meisten administrativen Rechtsverletzungen vorgesehen. Gemäß der allgemeinen Regel darf die Strafe, die Bürgern auferlegt wird, nicht zehn Rubel und die Strafe, die Amtspersonen auferlegt wird, nicht 50 Rubel überschreiten. Doch zur Hebung der Verantwortung für einzelne Arten von Rechtsverletzungen sind durch Gesetzgebungsakte der Kasachischen SSR eine Geldstrafe für Bürger bis zu 50 Rubel und für Amtspersonen bis zu 100 Rubel; durch Gesetzgebungsakte der UdSSR bis zu 100 Rubel für Bürger und bis zu 200 Rubel für Amtspersonen festgelegt werden. Vorgesehen ist die Erweite-

rung der Fälle von administrativen und rechtlichem Schutz der Vermögensbeziehungen. Im Zusammenhang damit ist den Kollegialorganen und den Volkssrichtern das Recht eingeräumt, neben Verhängung der Strafen die Vermögensgegenstände der Schuldigen zu verpfänden, den durch sein unrechtmäßiges Handeln zugefügten Schaden zu ersetzen, wenn die Schadenshöhe 50 Rubel überschreitet; dem Rayon-(Stadt-)Volkssrichter wird dies unabhängig von der Höhe des Schadensersatzes gewährt.

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Strafen sind streng genug. Ihre richtige und zeitgemäße Anwendung wird die effektive Bekämpfung administrativer Rechtsverletzungen fördern. Zugleich hat allein die Verhandlung solcher Fälle in Arbeitskollektiven unter Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und die Kritik seitens der Kollegen eine wesentliche Bedeutung bei der Erziehung der Bürger zur Achtung der Gesetze.

Deshalb wird auch die Möglichkeit vorgesehen, die staatlichen oder administrative Rechtsverletzungen an das Kameradschaftsgericht, die gesellschaftliche Organisation oder das Arbeitskollektiv zur Erörterung weiterzuleiten, wenn es unter Berücksichtigung des Charakters der Rechtsverletzung und der Person des Rechtsverletzers es als zweckmäßig erachtet, auf ihn öffentlich zu einwirken.

Der Zweck der Ordnungsstrafe besteht, wie es im Entwurf bestimmt wird, in der Erziehung der Bürger im Geiste der Befolgung der sowjetischen Gesetze, der Achtung der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens sowie der Vorbeugung gegen neue Rechtsverletzungen sowohl durch die Rechtsverletzer selbst als auch durch andere Personen. Deshalb sind die richtige Bewertung der Umstände, unter denen die Rechtsverletzung begangen wurde, sowie die Festsetzung einer

der Tat angemessenen Strafe von großer Wichtigkeit. Im Zusammenhang damit wird eine allgemeine Ordnung der Verhängung von Ordnungsstrafen festgelegt unter Berücksichtigung des Charakters der begangenen Rechtsverletzung, der Person des Rechtsverletzers, seiner Schuld und seines Vermögensstands, der Umstände, welche die Verantwortung mildern oder erschweren.

Der Entwurf enthält eine Reihe von Vorschriften, die auf die Gewährleistung der Rechtsgarantien der Bürger zielen. Die Person, die zur administrativen Verantwortung gezogen wird, ist berechtigt, bei der Verhandlung des Falls die juristische Hilfe eines Advokaten in Anspruch zu nehmen. In ihrer Muttersprache zu sprechen und von den Diensten eines Dolmetschers Gebrauch zu machen, falls sie die Sprache nicht beherrscht, in der das Gerichtsverfahren geführt wird; Berufung gegen das Strafurteil einzulegen.

Hier sei betont, daß die neue Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen gemäß Artikel 56 der Verfassung der Kasachischen SSR die Möglichkeiten zur Einlegung einer Berufung gegen das Strafurteil im Fall einer administrativen Rechtsverletzung erweitert. Nach allgemeiner Ordnung kann gegen das Strafurteil zum Fall einer solchen Rechtsverletzung ein Berufungsurteil an der obersten Instanz der staatlichen Verwaltung bzw. im Rayon-(Stadt-)Volkssgericht eingelegt werden. Zugleich kann die Berufung gegen das Strafurteil zum Fall und gegen die Entscheidung zur Beschwerde über administrative Rechtsverletzungen in gesetzlich festgelegter Weise eingelegt werden. Dabei stellt der Protest des Staatsanwalts die Vollstreckung des Strafurteils bis zur Verhandlung des Protestes ein.

Auf neue Art wird die Frage der Verjährungsfrist bei Heran-

ziehung zur administrativen Verantwortung entschieden. Das Strafurteil ist in spätestens nach Ablauf von zwei Monaten seit dem Tag zu verhängen, an dem die Rechtsverletzung begangen wurde; nach der Ergehnissen der Gesetzgebung war diese Frist auf einen Monat festgelegt.

Doch der Kampf gegen Rechtsverletzungen darf sich nicht nur auf Strafurteile beschränken. Eine wichtige Rolle kommt der Vorbeugung von Rechtsverletzungen zu. Die Staatsorgane, die öffentlichen Organisationen, die Arbeitskollektive müssen Maßnahmen erarbeiten, die auf die Vorbeugung von administrativen Rechtsverletzungen, auf die Ermittlung und Beseitigung der Ursachen und Bedingungen, die sie begünstigen, auf die Erziehung der Bürger im Geiste hoher Bewußtheit und Disziplin, auf strikte Befolgung der Gesetze zielen. Eine besondere Rolle kommt dabei den Sowjets der Volksdeputierten zu. Sie haben auf ihrem Territorium die Arbeit aller staatlichen und öffentlichen Organe zur Vorbeugung der Rechtsverletzungen zu koordinieren, die Tätigkeiten der Organe des Ministeriums des Innern, der administrativen Kommissionen, der Kommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen sowie anderer ihnen rechenschaftspflichtigen Organe zu leiten.

Alle Fälle der Rechtsverletzungen, mit Ausnahme derer, die in den Kompetenzbereich anderer Organe und Amtspersonen fallen, werden von den administrativen Kommissionen der Vollzugskomitees der Rayon-, Stadt-, Kreis-, Bezirks-, Kreis- und Aulowsjets der Volksdeputierten verhandelt. Die Hebung der Rolle und die Erweiterung der Kompetenz der administrativen Kommissionen stellt den örtlichen Sowjets und ihren Vollzugskomitees neue ernsthafte Aufgaben.

Der Entwurf des Gesetzbuches über administrative Rechtsverletzungen wurde in breiter demokratischer Grundlage unter Teilnahme von Rechtswissenschaftlern, der Rechtsschutzorgane der verschiedenen Ministerien und Ämter der Republik vorbereitet, deren praktische Tätigkeit mit dem Gebrauch der Gesetzgebung verbunden ist, welche administrative Verantwortung für Rechtsverletzungen festlegt. Er wurde im Vorfeld von interessierten Ministern, staatlichen Komitees, Ämtern und Vollzugskomitees der Gebietsowjets und des Alma-Atar Stadtowjets der Volksdeputierten erörtert.

Vor den Werktätigen der Republik stehen große und ehrenvolle Aufgaben zur Realisierung der gewaltigen Pläne des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufbaus, des Lebensmittels- und Energieprogramms und anderer Programme. In seiner Rede auf dem XII. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachistans über die Ergebnisse des außerordentlichen Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU und die Aufgaben der Parteiparisorganisation der Republik, die aus der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Genossen K. A. Kunajew: „Man muß den Buchstaben und den Geist der Februarplenums jedes Kommunisten der Republik, jedem Kasachstanler nahe bringen.“

Die Annahme des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen wird die weitere Aktivierung des Kampfes gegen Rechtsverletzungen, die Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, die Erfüllung der von der Partei gestellten Aufgaben fördern.

Über die Bestätigung der Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Bericht des Sekretärs des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Deputierten Ch. Ch. DEMESSINOW

Genossen Deputierten! Gemäß den Forderungen der Verfassung der Kasachischen SSR unterbreitet das Präsidium des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Ihnen die in der Periode zwischen der siebten und der achten Tagung des Obersten Sowjets der Republik verabschiedeten Erlasse zur Bestätigung.

Zur sicheren Erhaltung und zum sparsamen Verbrauch von Kraft- und Schmierstoffen legte das Präsidium des Obersten Sowjets durch den Erlaß vom 13. März 1984 eine strafrechtliche Verfolgung für ungesetzliche Verfolgung von Benzin sowie anderen Kraft- und Schmierstoffen fest und ergänzte im Zusammenhang damit das Strafgesetzbuch der Kasachischen SSR durch einen neuen Artikel unter Nr. 166-3.

In Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der UdSSR wurde durch den Erlaß vom 13. März 1984 einige Änderungen terminologischen Charakters im Gesetz der Kasachischen SSR „Über Schutz und Nutzung der Gesetze und Kulturdenkmäler“ sowie im Artikel 29 des Gesetzbuches über Ehe und Familie der Kasachischen SSR vorgenommen, die die Erweisung materieller und anderer Vorteile durch die Eheleute präzisieren.

Zur Verbesserung der Arbeit der Gerichtsvollzieher und zur Erhöhung ihrer Verantwortung für die rechtliche und richtige Vollstreckung der Gerichtsurteile, Beschlüsse und Verordnungen wurde am 19. Januar 1984 ein Erlaß verabschiedet, der den Artikel 63 des Gesetzes über das Gerichtssystem der Kasachischen SSR durch die Bestimmung ergänzte, daß in den Rayon-(Stadt-)Volkssgerichten die Leitung mehr Gerichtsvollzieher eingestellt sind, einer von ihnen zum Obergerichtsvollzieher ernannt wird.

Am 28. Februar 1984 verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets die Erlasse über die Bestätigung der Kasachischen SSR Deputierten Ch. Ch. DEMESSINOW

schiedete das Präsidium des Obersten Sowjets die Erlasse über die Ernennung des Genossen Kasatschow, Viktor Tichonowitsch, zum Minister für Energie- und Elektrifizierung der Kasachischen SSR und über die Entlassung des Genossen Iwanow, Boris Petrowitsch, dieser Pflichten im Zusammenhang mit seinem Übergang in den Ruhestand aus Gesundheitsgründen.

Am 27. Januar 1984 wurde der Erlaß über die Bestätigung des Genossen Jegisbajew, Kosal Alekulowitsch, als Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle der Kasachischen SSR verabschiedet.

In der vergangenen Periode hat das Präsidium des Obersten Sowjets einige Änderungen in der Zusammensetzung des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR vorgenommen.

Im Zusammenhang mit der Ernennung des Genossen Jelemsow, Gailim Bashimowitsch, zum Staatsanwalt der Kasachischen SSR wurde er gemäß dem Erlaß vom 18. Januar 1984 seines Amtes als Vorsitzender des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR enthoben.

Gemäß den Erlassen vom 23. Januar und 13. Februar 1984 wurden die Genossen Petrowa, Nina Alexejewna, und Sorin, Leonid Wladimirowitsch, als Mitglieder des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR gewählt und die Genossen Komissarowa, Antonina Wassiljewna, und Nikolajew, Nikolai Filippowitsch, im Zusammenhang mit ihrem Übergang in den Ruhestand dieser Pflichten entbunden.

Zum Entwurf des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen

Korreferat des Vorsitzenden der Kommission für Gesetzgebungsvorschläge des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Deputierten S. K. DOSMAGAMBETOW

Genossen Deputierte! Die Kommunistische Partei und der Sowjetstaat realisieren konsequent den Kurs auf Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und Rechtsordnung, auf Entwicklung und Vervollkommnung der sowjetischen Gesetzgebung, auf Hebung der politischen Bewußtheit und Rechtskultur der Bevölkerung.

In seiner Rede auf dem Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU sagte der Generalsekretär des ZK der KPdSU Genosse K. A. Tschernenko, in der letzten Zeit wurde die Partei durch neue Erfahrungen in der Leitung der sozialistischen Gesellschaft bereichert. Wir nutzen jetzt besser die Vorteile der sozialistischen Staatsordnung. Hierzu gehören zweifellos die Organisiertheit und Bewußtheit der Massen. Daher gilt unsere Aufmerksamkeit der Festigung von Ordnung und Disziplin.

Organisiertheit und Ordnung — das ist für uns eine grundlegende, eine prinzipielle Frage. Die Aufgaben der Parteiparisorganisation aller Werktätigen der Republik zur Realisierung der Hinweise des Genossen K. A. Tschernenko, der Thesen und Beschlüsse der Partei in seinen Reden auf dem Februarplenums des ZK der KPdSU und auf dem Wählerforum wurden vom Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachistans Genossen D. A. Kunajew im XII. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachistans und auf der Fest Sitzung am 30. Jahrestags des Beginns der Neulandaktion eingehend und allseitig behandelt.

Wie im ganzen Lande wird auch in unserer Republik ständige Sorge um die Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, um den Schutz der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens, um die Erziehung der Menschen im Geiste bewußter Disziplin, strikter Befolgung der Normen und Regeln des sozialistischen Lebenswesens getragen. Zugleich gibt es bei uns noch Personen, die nicht arbeiten wollen, auf Kosten nichterarbeiteten Einkommens leben, die sich den sozialistischen Gemeinschaftslebenspflichten und verschiedenen Rechtsverletzungen begehen. Noch nicht ausreichend gewachsen ist der Zivilrechte gewöhnlichen, die Arbeit aller staatlichen und gesellschaftlichen Organe zur Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen koordinieren.

Die Fälle der administrativen Rechtsverletzungen mit Ausnahme derer, die in den Kompetenzbereich anderer Organe und Amtspersonen gehören, werden nach die Verwaltungskommissionen bei den Vollzugskomitees der Rayon-, Stadt-, Bezirks-, Sied-

lungs-, Dorf- und Aulowsjets der Volksdeputierten verhandelt, und wenn es um administrative Vergehen von Minderjährigen geht, so durch entsprechende Kommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen. In diesem Zusammenhang haben die Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten eine gebührende Leitung dieser Kommissionen zu gewährleisten und ihnen die nötige Hilfe bei der Organisation ihrer Arbeit zu erweisen.

Die allgemeinen Regeln der Verhängung einer Ordnungsstrafe sind im Entwurf der administrativen Rechtsverletzungen festgelegt, orientiert der Entwurf zugleich auf ein streng individuelles Herangehen an die Wahl der Strafmaßnahme unter Berücksichtigung des Charakters der Rechtsverletzung, der Persönlichkeit des Verbrechens, des Grades seiner Schuld, seiner Einkommensverhältnisse und die die Verantwortung mildern und erschwerenden Umstände.

Eine der wichtigsten Richtungen der Kampfes gegen administrative Rechtsverletzungen ist die erzieherische, prophylaktische Arbeit. Der Kampf gegen Rechtsverletzungen darf nicht als die Aufgabe der Staatsorgane allein betrachtet werden. Das ist Sache der ganzen Öffentlichkeit. Der vom Minister der Kasachischen SSR über den Entwurf des Gesetzbuches gibt vollständig die Normen der Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR wieder, ergänzt und entwickelt sie aber zugleich weiter, unter Berücksichtigung der in der Republik geltenden Gesetzgebung. Der Entwurf wurde im Laufe seiner Vorbereitung an verschiedene Ministerien, Staatlichen Komitees, Ämter und Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten zur Erörterung übergeben. Er ist von den Kommissionen für Gesetzgebungsvorschläge des Obersten Sowjets der Republik erörtert und von ihm im großen und ganzen gebilligt. Unter Berücksichtigung der Vorschläge, die zum Entwurf von den Deputierten des Obersten Sowjets, von den Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten, von einigen Ministern und Ämtern eingebracht, erarbeitete es die Kommissionen zugleich für zweckmäßig, in der Entwurf des Gesetzbuches folgende Bestimmungen einzutragen.

In den Entwurf wurde eine Reihe von Artikeln aufgenommen, die administrative Verantwortlichkeiten der Organe des Gebiets- und vom Alma-Atar Stadtowjet der Volksdeputierten festlegende Ordnung über die Bekämpfung der Wirtschaftsschädlinge (Artikel 108), über die Nutzung der Straßenbahn, der Obusse, Busse

und Taxiwagen (Artikel 155), über Sicherung des nötigen sanitären Zustands in den Städten und Siedlungen (Artikel 159) und andere. Der Entwurf ist ergänzt worden durch die Artikel über administrative Verantwortung für eigenmächtigen Anschluß an die Gas- und Wärmeversorgungsnetze (Artikel 102), für die Verletzung der Ordnung der Aufbewahrung staatlicher und öffentlicher Verkehrsmittel (Artikel 141), für eigenwilligen Anschluß ihrer Säughäuser, Wirtschaftsgebäude und Landstücke durch die Bürger an die Wasserleitungsnetze (Artikel 156), für Ruhestörung (Artikel 177) und andere.

Die Verabschiedung des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen wird zur Verstärkung des Schutzes der staatlichen und öffentlichen Ordnung, des sozialistischen Eigentums, der Rechte und Freiheiten der Bürger beitragen und einen wichtigen Schritt vorwärts bei der Vervollkommnung der Gesetzgebung über administrative Verantwortung und Verbesserung der rechtlichen Erziehung der Bevölkerung der Republik bedeuten. Die Kommissionen für Gesetzgebungsvorschläge des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR beantragt, das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen zu bestätigen und einen Beschluß über dessen Inkraftsetzung zu fassen.

In der Diskussion zum Referat und Korreferat über das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen sprach als erster der Vorsitzende des Nordkasachstaner Gebietsvollzugskomitees Deputierter Er. Sagatbaev, daß die Tagung des Obersten Sowjets der Republik unter der nachhaltigen Einwirkung des Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU, die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Genossen K. A. Tschernenko auf diesem Plenum und auf dem Wählerforum verläuft. Ein Großereignis war die Festsetzung in Alma-Ata anläßlich des 30. Jahrestags des Beginns der Neulandaktion.

Der Deputierte berichtete über das wachsende Entwicklungsstadium der Wirtschaft des Gebiets, über die umfangreiche Arbeit seiner Partei-, Staats- und Wirtschaftskomitees und stellte fest, daß die Erziehung der Öffentlichkeit der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, Achtung der in unserem Land geltenden Rechtsnormen durch alle Sowjetbürger und die Verfestigung der Grundlagen unserer Gesellschaft sind. Die Sowjets der Volksdeputierten er-

greifen Maßnahmen zur Vervollkommnung der Propaganda der sozialistischen Gesetze und der Rechtsverletzung der Bevölkerung.

Die absolute Mehrheit der Bürger der Republik ist gesetzlich einbezogen und beteiligt sich an der Festigung der Rechtsordnung, Rechtsverletzungen gibt es aber immer noch. Deshalb ist das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen eine aktuelle Frage. Es schafft Bedingungen für die weitere Besserung sämtlicher Rechts- und Verwaltungspraxis, für die Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und der öffentlichen Ordnung in der Basis.

Die Bekämpfung administrativer Vergehen, sagte der Redner, darf man nicht lediglich auf die Bestrafung der Personen beschränken, die sie sich zuschulden kommen ließen. Deshalb ist es im Gesetzbuch vorgesehen, daß die Kasachischen gesellschaftlichen Organisationen und Arbeitskollektive Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen, zur Ermittlung der Ursachen und Bedingungen erarbeiten und realisieren müssen, die diese begünstigen. Einzelne Vorschläge und Bemerkungen der Deputierten zum Präsidium des Obersten Sowjets der Republik bei dessen Vorberichterung unterbreitet. Der Entwurf selbst trägt wenig neue Bestimmungen.

Der Deputierte schlägt vor, das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen zu bestätigen.

Am Rednerpult ist der Zweite Sekretär des Mangyschlaker Gebietskomitees der Kommunistischen Partei Kasachistans, Deputierter W. G. Sawtschenko, die Hebung der Organisiertheit und Disziplin an allen Abschnitten ist die wichtigste Reserve der Steigerung der Produktivität und Verbesserung der Arbeitsqualität, sagte er. Der Entwurf des Gesetzbuches entspricht dem Geist und den Prinzipien der Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepublik über administrative Rechtsverletzungen. Es wird sichergestellt, daß eine wichtige Rolle bei der Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen und zur Verstärkung der Rechtsordnung spielen. In unserem Gebiet gibt es keine Verletzungen der öffentlichen Ordnung, der Verkehrsregeln und des Betriebs der Auto- und Transportmittel, des Gesetzes über Natur- und Umweltschutz, womit sich die örtlichen Sowjets nicht abfinden können.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen Gesetzentwurf die Sorge um den Menschen, um die Erziehung der sozialistischen Staatsbürger, um die Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit.

Es ist sehr wichtig, daß an der ersten Stelle der administrativen Materialien behandelnden Organe jetzt die Kollegialorgane stehen — die Vollzugskomitees der Kommissionen und die Kommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen der Sowjets der Volksdeputierten.

Die Verabschiedung eines so wichtigen gesetzgebenden Dokuments der Republik ist eine ernste Warnung für diejenigen sein, die nachlässig arbeiten, die sich Abweichungen von den Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens zuschulden kommen lassen. Realisierung der Forderungen des neuen Gesetzbuches erlegt dem Deputierten große Verantwortung auf und erfordert, umfassender Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung, die Sowjets der Volksdeputierten, die Rechtsschutzorgane und die Amtspersonen sind beizufolgen die Vorschriften der neuen Gesetzgebungsakte strikt zu befolgen, eine Festigung der Arbeitsdisziplin und der Rechtsordnung, die Hebung der Verantwortung für ihre Sache anzustreben.

Unter der Leitung der Gebietsparteiorganisation werden die örtlichen Sowjets die Erziehung der Bürger im Geiste einer strikten Einhaltung der sowjetischen Gesetze zu verstärken und sich beherrschbar für die Realisierung der Beschlüsse des XXVI. Parteitag des KPdSU, des Dezemberplenums (1983) und des Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU einsetzen.

Die Vervollkommnung der Gesetzgebung ist unlosbar mit der Verstärkung der Rechtsordnung und Gesetzmäßigkeit, der Staats- und Arbeitsdisziplin, mit dem Schutz der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens verbunden. Die Minister des Innern der Kasachischen SSR, Deputierter A. G. Platow, dankte für die Aufmerksamkeit der Deputierten, die besondere Kraft in den Beschlüssen des höchsten Staatsmachtorgans Kasachistans brachten die Deputierten die feste Entschlossenheit der Werktätigen der Republik zum Ausdruck, sich noch enger um die teure Partei Lenins, um ihr Zentralkomitee, um das Politbüro der Verabschiedung des hervorragenden Politikers und Staatsmanns Generalsekretärs des ZK der KPdSU Genossen K. A. Tschernenko zu unterstützen. Im Namen der Arbeitskollektive versicherten die Redner, daß alles daran gesetzt werden wird, um die technisch-ökonomischen Kennwerte der Produktion der Industrie, der Landwirtschaft und anderer Zweige der Ökonomie und Kultur weiter zu verbessern und die Aufgaben und sozialistischen Verpflichtungen des vierten Jahrestags zu realisieren.

Der Entwurf des zur Erörterung stehenden Gesetzbuches steht eine Aktivierung der Tätigkeit der Sowjets der Volksdeputierten zur Koordinierung der Bemühungen vor, die mit der Vorbeugung gegen administrative Rechtsverletzungen, mit der Leitung

der Organe des Ministeriums des Innern, der Kommissionen der Sowjets und der gesellschaftlichen Organisationen verbunden sind, zu verstärken. Es wird die Steigerung des Effekts der Arbeit der administrativen Kommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen, für Bekämpfung der Verbrechen im Bereich der Umweltschutz beigemessen. Die praktische Verwirklichung vieler Bestimmungen des Entwurfs wird den Abschnittsvollmächtigen der Miliz auferlegt. Es werden Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Arbeit eingeleitet. Hierbei müssen ihnen die örtlichen Sowjets behilflich sein.

Die öffentliche Disziplin, die Gesetzmäßigkeit und Rechtsordnung, betonte der Redner, bilden die Basis für ein normales Leben der Gesellschaft. In seiner Rede auf der Fest Sitzung am 30. Jahrestags des Beginns der Neulandaktion hob das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachistans Genosse D. A. Kunajew besonders die Notwendigkeit hervor, den Kampf um die weitere Festigung der Organisiertheit, Ordnung und Disziplin zu verstärken.

Das Gesetzbuch über administrative Rechtsverletzungen der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen wird zur Erziehung der Menschen im Geiste bewußter Disziplin und der Einhaltung der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens beitragen.

Im Laufe der Erörterung des Entwurfs des Gesetzbuches wurde auch der ganzen Arbeit der Tagung des höchsten Staatsmachtorgans Kasachistans brachten die Deputierten die feste Entschlossenheit der Werktätigen der Republik zum Ausdruck, sich noch enger um die teure Partei Lenins, um ihr Zentralkomitee, um das Politbüro der Verabschiedung des hervorragenden Politikers und Staatsmanns Generalsekretärs des ZK der KPdSU Genossen K. A. Tschernenko zu unterstützen. Im Namen der Arbeitskollektive versicherten die Redner, daß alles daran gesetzt werden wird, um die technisch-ökonomischen Kennwerte der Produktion der Industrie, der Landwirtschaft und anderer Zweige der Ökonomie und Kultur weiter zu verbessern und die Aufgaben und sozialistischen Verpflichtungen des vierten Jahrestags zu realisieren.

(KasTAG)

Aus aller Welt

Panorama

Wirtschaftsintegration in Aktion

PRAG. Ein wichtiger Faktor der Entwicklung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft ist die Integration der Republik in den gemeinsamen Energiemarkt und Rohstoffmarkt der EWG-Mitgliedstaaten.

Gegenwärtig beteiligt sich die Tschechoslowakei an einem von vier solchen Objekten. Zwei davon werden bereits in diesem Jahr anlaufen. So liefern die Betriebe der Republik technologische Ausrüstungen und Kraftwagen für den Bau des Kernkraftwerks in Chmelnitzki in der

USSR. Es wird in einigen Monaten Energie liefern. 1983 werden seine jährlichen Energieleistungen 3,6 Milliarden Kilowattstunden erreichen. Das deckt etwa 5 Prozent der Bedürfnisse des Landes. Für den selbständigen Bau eines Wärmekraftwerks von einer gleich großen Kapazität wären immense Aufwendungen und Millionen Tonnen Braunkohle erforderlich gewesen.

Die Tschechoslowakei wird ebenfalls noch in diesem Jahr Gegenleistung für die technologischen Ausrüstungen Erzeugnisse aus der Fabrik für Futterheilmittel in Mosy beziehen, die von mehreren sozialistischen Ländern gebaut wird. Von gegenseitigen Vorteil wird auch das Kombinat für Nickelgewinnung und -bearbeitung auf Kuba sein, das von der Tschechoslowakei und anderen acht Ländern errichtet wird.

Im Zusammenwirken mit den RGW-Mitgliedstaaten entwickelt sich die Produktionsbasis im Lande selbst. So werden unter technischem Beistand der UdSSR im laufenden Planjahr etwa 30 Industriebetriebe gebaut und modernisiert.

In den Bruderländern

gischen Ausrüstungen Erzeugnisse aus der Fabrik für Futterheilmittel in Mosy beziehen, die von mehreren sozialistischen Ländern gebaut wird. Von gegenseitigen Vorteil wird auch das Kombinat für Nickelgewinnung und -bearbeitung auf Kuba sein, das von der Tschechoslowakei und anderen acht Ländern errichtet wird.

Im Zusammenwirken mit den RGW-Mitgliedstaaten entwickelt sich die Produktionsbasis im Lande selbst. So werden unter technischem Beistand der UdSSR im laufenden Planjahr etwa 30 Industriebetriebe gebaut und modernisiert.

Wohnungen für Millionen Menschen

BERLIN. Große Erfolge haben die Werktätigen der DDR im Wohnungsbau — dem Kernstück des sozialen Programms der SED — erzielt. Seit 1971 wurden in der Republik mehr als 2 Millionen Wohnungen gebaut. Somit konnten etwa 6 Millionen Bürger, die in der DDR wohnen, ihren Wohnverhältnissen verbessern. Ihre Wohnverhältnisse verbessern.

In den vergangenen Jahren, schreibt die Zeitung „Neues Deutschland“, betrugen die Finanzierungen für die Errichtung, Rekonstruktion und Modernisierung des Wohnraums 210 Milliarden Mark. Diese Summe entspricht dem Umfang des jährlichen Nationalinkommens der DDR im Jahre 1983.

Besonders beeindruckend sind die Leistungen der Bauarbeiter der DDR-Hauptstadt. Seit 1971 wurden in Berlin etwa 192.000 Wohnungen gebaut oder modernisiert, wofür 520.000 Quadratmeter Fläche bebaut wurden. Das Bauprogramm ist hier sehr hoch. Allein in den letzten drei Jahren wurden 62.000 Wohnungen schlüsselfertig.

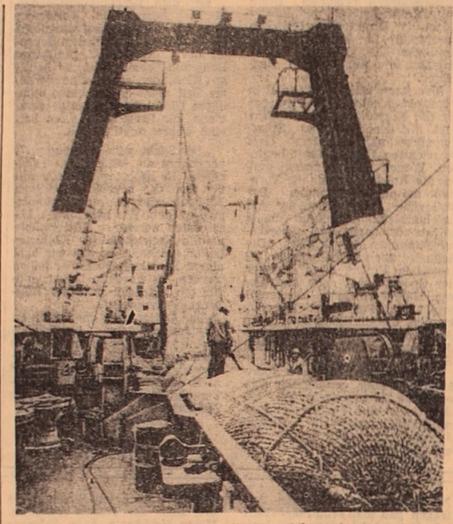
In diesem Jahr wird das Wohnungsbauprogramm in der Republik im großen und ganzen in hohem Tempo realisiert. Der Volksrat hat sich verpflichtet, vor 200.000 Wohnungen zu bauen. Die neuen Wohnungen werden von großen Baukombinaten errichtet. Dabei werden die Verträge mit den Bauunternehmen vervollständigt, sie werden immer effektiver und rationeller und ergeben einen größeren ökonomischen Nutzen. Das sind die Hauptaufgaben der Bauorganisationen, die die Fließfertigung der für die Generalrenovierung alter Wohngebiete im Vordergrund haben. In der Periode 1984 — 1990 werden weitere 4,3 Millionen Bürger neue oder modernisierte Wohnungen bekommen, was ein großer Erfolg der Fortschritt bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen der DDR sein wird.

Jubiläum eines führenden Betriebs

BUDAPEST. Vor 30 Jahren wurde im Donau-Kombinat das erste Güßlein gewonnen. In den 30 Jahren seit der ersten Schmelze hatte das Kollektiv des führenden Betriebs der ungarischen Stahlindustrie der Volkswirtschaft 18 Millionen Tonnen Stahl geliefert.

Das Kombinat an der Donau entstand unter technischer Hilfe der Sowjetunion. Zur Zeit wird hier mit Hilfe sowjetischer Spezialisten die Koksbläse mit einer Jahresleistung von 1 Million Tonnen gebaut. Bis Ende des laufenden Jahres können die Mitarbeiter an die Ausstattung dieses wichtigen Objekts mit Geräten und Ausrüstungen gehen.

Die Errichtung neuer Produktionskapazitäten im Donau-Hüttenkombinat ist ein Bestandteil des Entwicklungsprogramms des ungarischen Hüttenwesens bis zum Jahre 1990. Dieses Programm sieht eine enge Zusammenarbeit der Ungarn mit der Sowjetunion im Bereich des Eisenhüttenwesens mit den RGW-Ländern, hauptsächlich mit der Sowjetunion vor. Die ungarischen Hüttenwerker wenden weitgehend die neuesten Technologien an. Die Spezialisten der Länder der sozialistischen Gemeinschaft entwickelt worden ist.



Die Fischfangflotte der Republik Kuba wird fortwährend ergänzt und modernisiert. Hier stehen Schiffe mit moderner Ausrüstung zur Verfügung. Die Fischerei wird durch die ständige Versorgung der Bevölkerung mit frischen Fischorganen. Die „Meeresgaben“ werden auch von vielen ausländischen Firmen gern gekauft. In Bild: Ein Fischereischiff beim Löschen. Foto: TASS

Protest an die Regierung der USA

Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und für Außenwärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, hat am 21. März dem zeitweiligen Geschäftsträger der USA in der UdSSR eine Note der Regierung der UdSSR überreicht. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes:

Am 20. März dieses Jahres ist das sowjetische Tankschiff „Luznik“ beim Anlaufen des nikaraguanischen Hafens Sandino auf eine Mine gelaufen und beschädigt worden. Unter der Schiffsbesatzung gibt es Verletzte.

Die sowjetische Regierung erlegt der Regierung der USA die Verantwortung für dieses schwere Verbrechen an, das an Akt des Raub und der Piraterie ist.

Es ist allgemein bekannt — und das wird selbst von der

Administration der USA nicht verheimlicht —, daß sich die Vereinigten Staaten offen in die Angelegenheiten souveräner Staaten Mittelamerikas einmischen und einen unerklärten Krieg gegen Nicaragua führen. Offizielle USA-Behörden finanzieren, bilden aus und bewaffnen Banden von Soldaten und Terroristen, die in nikaraguanisches Gebiet eindringen. Raub treiben, Gewalt anwenden und friedliche Einwohner töten. Es ist auch bekannt, daß die genannten Gruppen Vertreter amerikanischer Sonderdienste angehören. Somit betreiben die Vereinigten Staaten praktisch eine Politik des staatlichen Terrorismus.

Ein neuer und äußerst gefährlicher Ausdruck dieser Politik sind Handlungen geworden, die gegen ausländische Schiffe gerichtet sind, die kommerzielle Fahrten nach Nicaragua oder in der Nähe seiner Küste unternehmen. In weiten Seebereichen vor Nicaragua und in anderen internationalen Gewässern und sogar in den Meilen gelegte und andere Sprengkörper angebracht, auf die

bereits mehrere ausländische Schiffe gelaufen sind. Handelschiffe werden überfallen, die Küste auf nikaraguanische Häfen halten.

Charakter und Ausmaß dieser verbrecherischen Operationen lassen keinen Zweifel darüber übrig, daß sie unter unmittelbarer Beteiligung der Behörden und Personen verübt werden, die der Kontrolle der USA-Regierung unterliegen sind, die sich somit direkt einer Verletzung der Freiheit der Schifffahrt, eines der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, schuldig gemacht haben.

Alle diese rechtswidrigen Handlungen der USA schaffen eine gefährliche Situation und können nicht toleriert werden. Sie zeigen auch, was die Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags sichert. Auf eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der CSSR und der UdSSR hin werden auf dem Territorium der Tschechoslowakei Raketenkomplexe operativ-taktischer Zweckbestimmung stationiert.

Trotzdem bleiben die aktuellen Friedensinitiativen der sozialistischen Länder völlig aktuell, die vorschlagen, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung von militärischer Stärke und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den NATO-Ländern abzuschließen und ein Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen, das Verbot chemischer und kosmischer Waffen,

Die Sowjetunion verurteilt aus entschiedensten die von den Vereinigten Staaten betriebene Politik der Terror, Willkür und Einmischung in die Angelegenheiten der souveränen unabhängigen Staaten, die mit den allgemein geltenden Normen von Recht und Moral unvereinbar ist und den Frieden und die internationale Sicherheit gefährdet, und fordert deren Einstellung.

Die Regierung der UdSSR legt die Forderung der USA im Zusammenhang mit dem verbrecherischen Akt gegen das sowjetische Schiff „Luznik“ scharf fest. Sie weist darauf hin, daß die Vereinigten Staaten die ganze Verantwortung für jene Folgen tragen werden, die sich aus der Fortsetzung solcher Handlungen ergeben.

Die Regierung der UdSSR behält sich das Recht vor, die Auszahlung von Entschädigung an die betroffenen Sowjetbürger und die Wiedergutmachung des am Eigentum der UdSSR entstandenen Schadens zu verlangen.

Neuer Plan verabschiedet

Der Plan für sozialökonomische Entwicklung und der Staatshaushaltsplan für das neue afghanische Jahr (März 1984 — März 1985) ist auf der in Kabul abgehaltenen Tagung des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan angenommen worden.

Der Vorsitzende des Ministerrats der Demokratischen Republik Afghanistan, Sultan Muhammad Karzai, hat auf der Tagung berichtet, betonte, daß sich die wichtigsten Kennziffern der Volkswirtschaft des Landes im Vergleich mit der vorrevolutionären Zeit verbessert haben. Die Pläne für die industrielle Entwicklung sind erfüllt und in einigen Zweigen sogar überboten worden. Das Volumen der landwirtschaftlichen Produktion ist gestiegen.

Das Bruttonationaleinkommen und das Nationaleinkommen sind im vergangenen Jahr gegenüber dem Jahr, in dem die Revolution vollbracht wurde, entsprechend um 6,0 und 6,3 Prozent gewachsen. Die landwirtschaftliche Produktion ist im gleichen Zeitraum um 7,1 Prozent gestiegen.

Wie der Berichterstatter weiter ausführte, ist für das kommende Jahr eine weitere Vergrößerung des Bruttonationaleinkommens und des Nationaleinkommens geplant. Der Plan sieht umfassende Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, zur Gewährleistung der ununterbrochenen sozialökonomischen Entwicklung sowie zur Festigung der Verteidigungskraft von Afghanistan vor.

Tagung der Föderalen Versammlung der CSSR

Die Föderalen Versammlung der CSSR ist am 18. März in Prag eröffnet worden. Die Tagung wird bis zum 22. März dauern. Die Teilnehmer sind die Abgeordneten der Föderalen Versammlung der CSSR, An ihrer Arbeit nehmen der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsident der CSSR Gustav Husak und andere führende tschechoslowakische Repräsentanten teil.

Die internationale Situation hat sich im letzten Jahr infolge der Verschärfung der Aggressionen der reaktionären Kräfte des Imperialismus erheblich verschlechtert und bleibt weiterhin kompliziert, unterstrich Strougal weiter. „Eine besonders gefährliche Situation hat sich in Europa herausgebildet, wo neue amerikanische nukleare Erstschlagsraketen in Stellung gebracht werden, in dieser Situation ist es unvermeidlich geworden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die den Schutz unserer sozialistischen Heimat und der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags sichern.“ Auf eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der CSSR und der UdSSR hin werden auf dem Territorium der Tschechoslowakei Raketenkomplexe operativ-taktischer Zweckbestimmung stationiert.

Trotzdem bleiben die aktuellen Friedensinitiativen der sozialistischen Länder völlig aktuell, die vorschlagen, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung von militärischer Stärke und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den NATO-Ländern abzuschließen und ein Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen, das Verbot chemischer und kosmischer Waffen,

Neutralitätskurs bekräftigt

Der schwedische Außenminister Lenaart Bodström hat den Neutralitätskurs Schwedens und seinen Wunsch bekräftigt, zur Festigung des Friedens und zur Abwendung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges aktiv beizutragen.

In einer außenpolitischen Regierungserklärung vor dem Parlament verlor er darauf, daß die Linie der Neutralität im Dienste der Weltfriedenspolitik weiterhin unterstützt wird. Es dürfe bei niemandem ein Zweifel daran bestehen, daß Schweden auch künftig entschlossen ist, diese Linie konsequent zu verfolgen.

Die schwedische Regierung sei gewillt, auch weiter mit dem Ziel zu wirken, eine kernwaffenfreie Zone im Norden Europas zu schaffen. Die Durchsetzung dieser Idee werde zur Entspannung zwischen den Teilnehmerstaaten sowohl im europäischen Norden als auch auf dem ganzen Kontinent beitragen. Schweden trete auch dafür ein, daß in Europa eine Zone geschaffen wird, die von Gefechtsfeldern freibleibe.

Gegenwärtig sei in der Welt ein anhaltendes Gleichgewicht der nuklearen Arsenale entstanden, was als Ausgangspunkt für das Einfließen von Kernwaffen dienen muß. Schweden habe sich in der Organisation der Vereinten Nationen für das Verbot der Erprobung der Produktion und der weiteren Stationierung der Kernrüstungen eingesetzt. Der Minister sprach sich gegen eine

Wichtige Frage im Blickpunkt

Der Kampf für die Schaffung einer neuen internationalen Informationsordnung wird den Hauptpunkt der Tagungsordnung auf der Jahrestagung des UNO-Informationsausschusses bilden, die im Juni stattfindet. Das wurde auf einer Sitzung des Ausschusses beschlossen, die Verfahrensfragen galt.

Die Tagesordnung des Forums beruht auf einer Resolution der XXXVIII. Tagung der UNO-Vollversammlung, in der hervorgehoben wird, alle Staaten sollten bei der Herstellung einer neuen gerechten Ordnung auf dem Informationsgebiet zusammenarbeiten.

Das erklärte der Stellvertreter des UNO-Generalsekretärs Yasuji Akashi auf der Sitzung. In der Resolution werden die auf den Kampf gegen die imperialistische Herrschaft der imperialistischen Mächte gerichteten Anstrengungen der Jungen unabhängigen Staaten rückhaltlos unterstützt. Sie enthalten den Appell an die Massenmedien der UNO-Mitgliedsländer, die Anstrengungen der Weltgemeinschaft bei der Propagierung der Ideen von Frieden und gegenseitiger Verständigung zwischen den Völkern zu fördern.

Die Teilnehmer des Ausschusses wiesen auf die tiefe Besorgnis hin, die von der XXXVIII. Tagung der UNO-Vollversammlung im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Rüstungswettlaufs auf den Weltraum zum Ausdruck gebracht worden war. Diese Gefahr stellt der Weltgemeinschaft eine vorrangige Aufgabe: zuverlässige Schranken, darunter auch rechtliche, gegen die Pläne der imperialistischen Mächte zu errichten, den Weltraum in eine Arena des nuklearen Rüstungswettlaufs und bewaffneter Konflikte zu verwandeln. Diesen Kurs auf Realisierung eines großangelegten Programms zur Militärisierung des Weltraums nahm offen die Reagan-Administration an.

Die zügellose Propaganda

Die amerikanische Fernsehstation ABC hat ein neues Programm übertragen, das dem Zweck diene, zu zeigen, daß die USA bereit sind, einen Kernwaffenkrieg gegen Ziele in der Sowjetunion zu führen. Die Fernsehprogramme dieser Art, die im ganzen Land empfangen werden, sind kein zufällige Episode in der Tätigkeit der amerikanischen Massenmedien. Sie sind Teil der vom Militär-Industrie-Komplex der USA betriebenen Kampagne der Manipulierung der öffentlichen Meinung, die sie durch das Vorführen der Militärstärke des Pentagon hypotisieren und auf diese Weise dem Militärkürsel freie Hand für nukleare Abenteuer lassen soll.

Die zügellose Propaganda des Kernwaffenkrieges gehört als Bestandteil zur Politik der gegenwärtigen USA-Administration, die nicht nur die Zulässigkeit und die moralische Motivierung eines nuklearen Konflikts, sondern auch die Unmöglichkeit des amerikanischen Sieges in diesem Krieg propagiert.

Außer dem Fernsehen beschäftigen sich auch solide amerikanische Zeitschriften ausführlich mit möglichen nuklearen Schritten. So ist in der Wochenschrift „U.S. News and World Report“ ein Artikel erschienen, der von Bildern a la Hollywood von möglichen Duellen amerikanischer und sowjetischer Atom-U-Boote unter dem Polarsis nur so strotzen. Der amerikanische Öffentlichkeit ist wird fortwährend der Gedanke suggeriert, daß man in einem atomareren Banker jeden Kernwaffenkrieg überdauern kann. Das bedeutet aber, daß für die Amerikaner ein Kernwaffenkrieg nicht so schrecklich ist, wie er von „Laien“ dargestellt wird.

Die USA-Regierung geht davon aus, daß ein nuklearer Konflikt irgendwo außerhalb der Grenzen der USA ausbricht, so in Europa. Davon zeugt nicht nur die berüchtigte Doktrin Reagons von einem „begrenzten Kernwaffenkrieg“ und die Philosophie des Verteidigungsministers Weinberger, daß die USA imstande sein müssen, einen längeren Kernwaffenkrieg praktisch auf allen Kontinenten zu führen. Das alles zusammengekommen bildet ein geschlossenes System der Vorbereitung zu einem Kernwaffenkrieg, beginnend mit seiner Propaganda bis zu den modernsten technischen Mitteln der Kriegführung. Damit hat aber die Sache noch nicht ihr Bewenden. Die Zeitschrift der amerikanischen Streitkräfte „Military Review“ analysiert die neue Feldleitvorschrift der USA-Landstreitkräfte und entdeckt, daß sie eine Doktrin enthält, die nicht nur die Möglichkeit des „Erfolgsatzes“ von Kernwaffen durch die USA, sondern auch die Möglichkeit des Beginns des Krieges durch den Einsatz von Kernwaffen vorsieht.

Gleichzeitig sind die Führer der USA und der NATO in jeder Weise bemüht, die Gefahr zu verschleiern, die Aussicht eines amerikanischen Kernwaffenkrieges sowohl für die USA als auch für ihre Verbündeten in sich birgt.

Die nuklearen Vorbereitungen des amerikanischen und des NATO-Militärkürsels stellen für alle Länder der Welt die ganze Menschheit eine riesige Gefahr dar.

Die Sowjetunion sieht ihr wichtigstes außenpolitisches Ziel darin, einen für die Zivilisation verhängnisvollen nuklearen Konflikt abzuwenden, die Propaganda eines „begrenzten“ oder eines „längeren“ eines lokalen oder eines globalen Kernwaffenkrieges zu verbieten. Die Sowjetunion ist ihrerseits schon heute bereit, praktische Schritte zur Begrenzung und Reduzierung nuklearer Rüstungen in der Sache noch nicht ihr Bewenden. Die Zeitschrift der amerikanischen Streitkräfte „Military Review“ analysiert die neue Feldleitvorschrift der USA-Landstreitkräfte und

Appell der Sozialistischen Internationale

Ein Appell der Teilnehmer der Sozialistischen Internationale an die Staatschefs der Teilnehmenden der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa ist in der schwedischen Hauptstadt veröffentlicht worden.

In dem von den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale Willy Brandt und anderen führenden Repräsentanten der Sozialistischen Internationale unterzeichneten Dokument wird auf „eine dramatische Verschlechterung der gegenwärtigen internationalen Situation verwiesen. Das hemmungslose Wettrennen betriebe die Zukunftsperspektiven. Es besteht die reale Gefahr dafür, daß die Rüstungsexplosion jeder Kontrolle entgleite.“

Wie die Verfasser des Appells betonen, eröffnet neue Perspektiven für die Wiederherstellung von gegenseitigem Vertrauen und für Beseitigung des Risikos einer militärischen Konfrontation in Europa die Stockholmer Konferenz. „Diese Möglichkeit muß voll und ganz für einen Dialog und für die Ausarbeitung von gemeinsamen sowie gegenseitig akzeptablen und politisch obligatorischen vertrauensbildenden Maßnahmen ausgeschöpft werden. Die gefährliche Spirale für die Eskalation des nuklearen Wett-

Appell der Sozialistischen Internationale

Das Stockholmer Forum muß nach Auffassung der Führer der Sozialistischen Internationale eine günstige Atmosphäre für Verhandlungen über die strategischen Rüstungen und die nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa schaffen.

Die sowjetische Haltung in dieser Frage ist eindeutig. Die Sowjetunion hat wiederholt erklärt, wenn die Vereinigten Staaten und die anderen NATO-Länder bereit sind, die strategischen Rüstungen, wie sie vor Beginn der Stationierung amerikanischer Nuklearraketen mittlerer Reichweite in Europa bestanden hat, dann würde auch die Sowjetunion dazu bereit sein.

Das Dokument enthält ferner den Appell zur Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Beobachter erinnern an die engen Zusammenhang an die Bereitschaft der Sowjetunion, nach gegenseitig akzeptablen praktischen Lösungen konkreter Fragen zugunsten des Friedens zu suchen, falls die Versicherungen der amerikanischen Administration von ihren „guten Absichten“ durch reale Handlungen untermauert werden.

Vorrangige Aufgabe

Der Rechtsunterausschuß des UNO-Ausschusses für friedliche Nutzung des Weltraums hat in Genf seine Arbeit aufgenommen. Der Ausschuss soll Rechtsprinzipien ausarbeiten, die mit der Fernerkundung der Erde auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen — abgeschlossen von der UdSSR und dem USA am 26. Mai 1972 — wie auch das von beiden Ländern am 30. September 1971 abgeschlossene Abkommen über Maßnahmen zur Einschränkung der Gefahr des Ausbruchs eines Atomkrieges zum Inhalt haben.

In London hat eine Antikriegskundgebung stattgefunden, deren Teilnehmer die Tory-Regierung aufforderten, unverzüglich 10 Milliarden Pfund Sterling aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums Großbritannien in den Fonds des Bildungsministeriums zu überweisen. Foto: TASS

Denkschrift des Außenministeriums

Litwen hat die Einberufung des UNO-Sicherheitsrats gefordert, die Situation zu erörtern, die infolge von Drohungen an die Adresse dieses Landes seitens der Vereinigten Staaten entstanden ist.

In einer Denkschrift des litauischen Außenministeriums heißt es, daß die Entsendung amerikanischer AWACS-Flugzeuge und eines Geschwaders von Jagdmaschinen nach Ägypten eine Vorbereitung zu einer direkten Aggression der Vereinigten Staaten gegen Litauen bedeutet. Ein derartiges Vorgehen Washingtons sei eine massive Verletzung der UNO-Charta und es besteht eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit im Nahen Osten und in der ganzen Welt.

In der Denkschrift des litauischen Außenministeriums heißt es ferner, daß die Bombardierung des Vororts der sudanesischen Hauptstadt Omdurman sowie die Versuche, Litauen die Schuld dafür aufzuwälzen, nicht anders als ein von langer Hand vorbereitetes Spektakel bedeuten, das als Vorwand für die Verlegung amerikanischer Truppen in diese Region dienen soll.

Körperlultur ohne Ferien

Hüttenwerker pflegen Sport

In der Erholungsstätte der Hüttenwerker des Kasachstaner Magnitkas...

durchgeführt. Das Bemühen der Leiter der Gewerkschaftskomitees...

Die Aktivitäten des Sportklubs „Bulat“ veranlassen ein Seminar...



Während ihrer Freizeit machen sich die Seminarteilnehmer mit Touristenobjekten in der marinerischen Umgebung von Karkaralinsk bekannt.

ten sich die Seminarteilnehmer mit Touristenobjekten in der marinerischen Umgebung von Karkaralinsk bekannt.

Die in diesem Seminar erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten kamen den Aktivisten bei der Durchführung des GTO-Mehrkampfes sehr zusetzen.

Die Leiter des Kasachstaner Magnitkas betrachten den Sport als einen der ehrenvollsten Bereiche der Erziehungsbildung...

Enggässe im Kulturleben

Im Dorf Peterfeld wohnen arbeitsame Menschen, die ihren Kolchos „XXII. Parteitag der KPdSU“ zu einer Musterwirtschaft ausgebaut haben.

Nach getaner Arbeit ist gut ruhen, sagt man im Volke. Die gute Erholung will aber auch organisiert sein.

Man kann es dem Mann nicht überlassen, er tut sein Bestes, im Sport und in der Freizeit maximal für die Kultur zu tun.

sogar einen Volleyballpreis zu Ehren des Landmannes, Helden der Sozialistischen Arbeit...

Man kann nicht sagen, daß in Peterfeld ideale Bedingungen für die Körperkultur geschaffen sind.

Wenn wir mal unseren Sportkomplex haben, wollen wir vorerst eine Schwimmgruppe bilden...

Praktische Winke

Kinderkleidung wächst mit

Of' lohnt es nicht, noch am Ende eines Winters zu klein gewordene Kindersachen durch neue zu ersetzen.

Sind die Ärmel eines Anoraks zu kurz, helfen angestrickte Bündchen aus farblich passender Wolle.

Auf die gleiche Weise kann man zu kurz gewordene Overalls verlängern.



Die bürgerlichen ideologischen Organe der Bundesrepublik Deutschland sind bestrebt, einen bestimmten Teil der in der UdSSR lebenden deutschen Bevölkerung mit allen Mitteln von den angeblichen Vorzügen und Reizen der freien Welt und vom vorzuziehenden Leben in der BRD abzuwenden.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Vortreffliches Geschenk

ALMA-ATA. Die Bauleute der Hauptstadt Kasachstans haben den Veteranen der Arbeit und des Großen Vaterländischen Krieges ein vortreffliches Geschenk gemacht.

Kulturlieben der Republik

„Kasachstan mit dem Auge des Künstlers“ so heißt die erste Ausstellung im neuen Ausstellungssaal der Stadt Schewtschenko.

Lieder von drei Kontinenten

erklagen auf dem Abend Internationaler Freundschaft, der von den Schülern der Dshambuler Berufsschule Nr. 157 veranstaltet wurde.

Interessante Afführung

Aktiv wirkt im Ekibastauer Bergarbeiter der Bergarbeiter der Volkstheater. Eine der letzten Aufführungen der Latenkinster „Was soll Schicksal?“

Die bürgerlichen ideologischen Organe der Bundesrepublik Deutschland sind bestrebt, einen bestimmten Teil der in der UdSSR lebenden deutschen Bevölkerung mit allen Mitteln von den angeblichen Vorzügen und Reizen der freien Welt und vom vorzuziehenden Leben in der BRD abzuwenden.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

wirklich freien Land aufgewachsenen Menschen sich in der BRD wie Fische auf dem Trockenen fühlen.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

brockt haben, wünsche ich niemandem. Ich weiß nicht, was sich unsere Mutter dachte, als sie uns hierhin verschleppte.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Nach langem ermüdendem Ausfragen gab man Frau Peters Betwäsche und Kleidung und sagte Adieu.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

deten sie mich und konnten sie sich kaum der Tränen erwehren.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Fremde unter Fremden

Aber... die Heimkehr ist für uns schon unerträglich.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

renten. Zusätzliche Einzelheiten sind sehr dürftig.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

renten. Zusätzliche Einzelheiten sind sehr dürftig.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

renten. Zusätzliche Einzelheiten sind sehr dürftig.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

renten. Zusätzliche Einzelheiten sind sehr dürftig.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die in der BRD seiteneit im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.